



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Januar / Februar 2013 • # 1004 / 1005

Aktuell

**Wir führen die
Atom­mülldebatte**

Interview

Mathias Edler, Greenpeace

Reportage

**Parlamentarischer
Untersuchungsausschuss
Gorleben**

Neu!

36 Jahre Widerstand, kein Stückchen weiter?

GRUSSWORT

Seit 36 Jahren findet die Betreiberseite stets neue und flexible Argumente, warum ein sicheres Endlager auch im Salzstock Gorleben trotz einschränkender Suchergebnisse immer wieder für möglich gehalten wird. Gleichzeitig schlagen Kritiker seither immer wieder die Hände über dem Kopf zusammen. Ein neues Endlagersuchgesetz soll nun - bundesweit ausgelegt und abgestimmt mit politischen Parteien und Bundesländern - die Problemlösung bringen. Aber warum wird dort in den Entwürfen dieses Gesetzes nach dem „bestmöglichen“ Standort gesucht? Warum sucht man nicht den besten Standort?

Den ernsthaft besten Standort wird es nur geben, wenn man sich bei der Definition von Such- und Ausschlusskriterien von Such- und Auschlusskriterien dem sogenannten Minimierungsgebot unterwirft und das bei gleichzeitiger Objektivität und sachgerechter Vorgehensweise und es nicht etwa den Fachingenieuren überlässt, nahezu jeden halbwegs geeignet erscheinenden Standort als sicher machbar darzustellen. Dann hätte es auch den Standort Gorleben nie gegeben, da er schon bei der Lagebetrachtung im Urstromtal und sozusagen im Uferbereich eines unserer größten Flüsse einem Minimierungsgebot nicht entsprochen hätte.

In diesem Sinne rufe ich der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. zu, weiterhin höchst wachsam zu sein und wünsche der neugestalteten Gorleben-Rundschau die erhoffte und gebotene Aufmerksamkeit.

Herzlichst
Jürgen Schulz
Landrat



Liebe Leserinnen und Leser,

das vergangene Jahr schnell wechselnder Umweltminister war geprägt von der Inszenierung eines „Neuanfanges“ in der Endlagersuche. Während die Untersuchungsausschüsse „Asse II“ und „Gorleben“ ihre düsteren Schatten voraus warfen, wurden sich die Spitzen der an der Regierungsmacht interessierten Parteien schnell in Küchengesprächen einig, dass ein Endlager am leichtesten durchzusetzen sei, wenn es per Bundesgesetz festgelegt werde. Anstatt eine angemessene Fehleranalyse und eine der Tragweite der Entscheidungen angemessene öffentliche Debatte vorzuschalten, beschränkte sich der Neuigkeitwert darauf, Öffentlichkeitsbeteiligung und Klagerechte Betroffener auszuhebeln und die Verfahrensfehler der Vergangenheit heilen zu wollen. Aussetzen der Castortransporte, Baustopp bis nach der Bundestags-

wahl und taktische Vorwegnahme der erst im Diskurs zu erarbeitenden Eignungskriterien konnten jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass jene Akteure, die dereinst dem Bundestag ihre Expertise zur Standortentscheidung liefern sollen, eine positive Eignungsprognose für den einzigen in diesem „ergebnisoffenen“ Verfahren bereits politisch gesetzten Standort schon vorweggenommen haben: die „vorläufige“ Sicherheitsanalyse Gorleben.

Wo die Politik weiter auf der altbekannten Stelle im Wendland tritt, eröffnen BI und Standortinitiativen schon einmal die längst überfällige Atommülldebatte und fordern die Einsetzung eines unabhängigen Zukunftsrates zwecks Moderation des gesellschaftlichen Diskurs’.

War die Arbeit der Bürgerinitiative auch bisher nicht allein aus Mitgliedsbeiträgen zu bestreiten, sind wir angesichts der inzwischen über-

regionalen Nachfrage weitere Risiken eingegangen und haben zwei Arbeitsplätze im Büro geschaffen. Nachdem die Layout-AG mit uns ein neues Logo und ein durchgängiges Erscheinungsbild erarbeitet hat, haben wir nun auch die Gorleben Rundschau in ein neues Gewand gekleidet. Sie erscheint jetzt in höherer Auflage und unentgeltlich, aber nicht umsonst und leider auch nicht kostenlos, wird interessierten Menschen zugesandt und an zentralen Punkten ausliegen. Anstatt des bisherigen Abonnements hoffen wir auf solidarische Unterstützung unserer Arbeit und werden uns in Zukunft bei gezielten Aktionen, Kampagnen und Gutachten auch mit unserem neuen „Fundraising“ an euch wenden. Weitere Infos zur neuen GR findet Ihr auf Seite 7.

Denn noch heißt es leider: Wat mutt, dat mutt. Trotzdem viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe wünscht

IMPRESSUM

Redaktion: Torsten Koopmann,
Jan Becker, Franziska Behn,
Andreas Conradt, Andrea Hagen
Gestaltung: Andrea Hagen

Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Dannenberg

Auflage: 3700, Papier: Recysatin

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

info@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de
www.bi-luechow-danneberg.de

Spendenkonto:

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Kontonummer: 0044060721

Bankleitzahl: 25850110

Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

WIR FÜHREN DIE ATOMMÜLLDEBATTE

von Wolfgang Ehmke



Wir hoffen, dass Herr Altmeier ein Licht aufgeht in Sachen Umwelt.

Nein, so geht das nicht! Bundesumweltminister Peter Altmaier schiebt in bewährter Manier das Thema Gorleben vor sich her. Ein Offenhaltungsbetrieb soll bis nach den Bundestagswahlen 2013 alles offen halten. Das bekräftigte Altmaier am Tag nach den Niedersachsenwahlen bei seinem „Antrittsbesuch“ im Wendland. Die Grünen haben auf ihrem Parteitag diese Linie bisher unterstützt. Demnach soll eine Endlagersuche mit Gorleben stattfinden, aber die Sicherheitskriteri-



Ende September 2012 hinter Gedelitz, auf der Straße Richtung Zwischenlager und Salzstock Gorleben: Proteste im Rahmen der Kampagne „Wir bringen Licht ins Dunkel“

en bei der Standortsuche sollen so gestaltet werden, dass Gorleben im Vergleich rausfällt. Der Fraktionsvorsitzende und Chef-Unterhändler der SPD, Sigmar Gabriel, sieht das ganz genau so.

Das klingt doch logisch, oder? Warum sagen wir dann, so geht das nicht? Nicht, weil wir partout nur auf die Frage fixiert sind, dass Gorleben kippt. Das wäre reiner Lokalpatriotismus. Doch noch ein Wort zu Gorleben: Was sollen Menschen an anderen möglichen Standorten von einer transparenten, fairen Standortsuche halten, wenn Gorleben im Spiel bleibt, wo von Anfang auf Lug und Trug gebaut wurde, wo Sicherheitskriterien ständig an die miesen geologischen Befunde angepasst wurden bis hin zum Verzicht auf zwei geologische Barrieren, eben weil der Salzstock Gorleben Wasserkontakt hat? Nein, die Frage, wohin mit dem Atom- müll, muss viel grundsätzlicher angegangen werden. Es fehlt uns ers-

Der Offen-
haltungs-
betrieb soll
bis nach der
Bundestags-
wahl alles
offen haben.

tens die Prämisse, dass eine Endlagersuche ohne den konsequenten Atomausstieg suggeriert, die Lagerung von Atommüll sei machbar, lösbar. Es ist aber ganz anders. Die Nutzung der Atomkraft ist unbeherrschbar und die Endlagerung auch.

Denn die Probleme werden kein Ende haben, wenn Müll in tiefen geologischen Formationen versenkt wird, auf irgendwelchen Wasserpfeifen kommen Radionuklide wieder in der Biosphäre an! Das Ziel muss deshalb sein, diese Jahr-

ASSE

tausendfrage nicht im Takt von Legislaturperioden, sondern unabhängig von Parteieninteressen zu diskutieren. Ein „Zukunftsrat“ könnte den Anfang machen. Hier gälte es, ohne Zeitdruck und unabhängig von Parteiinteressen die Anforderungen an ein Auswahlverfahren bei der Endlagersuche zu beschreiben. Die gesellschaftlichen (und nicht nur geologischen!) Anforderungen an ein Auswahlverfahren müssen skizziert werden. Dazu gehört auch, dass die Fehler der Vergangenheit eingestanden werden (und Gorleben aufgegeben wird). Die unglaublichen Dimensionen der Frage, wohin mit dem Müll für die nächsten 30 000 Generationen, muss in den Fokus gerückt werden. Ohne Vertrauen geht gar nichts. Misstrauen ist immer gefordert: Die Zivilgesellschaft achtet darauf, dass Klage- und Kontrollrechte nicht eingeschränkt werden, als Korrektiv für Fehlentscheidungen.*

Unbemerkte Sensation

Nun gibt es einen Baustopp in Gorleben, aber die Ankündigung dieser Sensation findet sich versteckt auf der Homepage des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Die Sensation ist da, nur keiner hat's gemerkt. Wieder einmal sind es nicht die politischen Entscheidungsträger gewesen, sondern engagierte Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer Klage zumindest den Weiterbau in Gorleben angehalten haben. Wir erwarten jetzt ein Handeln der politischen Klasse. Dieser Vorgang belegt, wie wichtig es ist, dass die interessierte Öffentlichkeit substantiellen Einfluss auf die Entscheidungsträger haben muss, wenn es um die Lagerung des Atommülls geht. Außerdem wird deutlich, dass bei einem neuen Gesetz der Rechtsweg in einem verwaltungsrechtlichen Verfahren erhalten bleiben muss. Die BI sieht bekanntlich als Vorbedingung für die Suche nach einer unterirdischen Atommülldeponie die Aufgabe des verbrannten Standorts Gorleben und eine öffentliche Debatte, in der die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zur Asse II und

Gorleben einfließen müssen. Die Salzlinie ist dermaßen diskreditiert, dass schon deshalb ein Festhalten an Gorleben überflüssig ist.

Endlagerkampagne ruht

Anti-Atom-Gruppen werden im Rahmen der Kampagne *gorleben365 +X* bis auf Weiteres keine Blockaden des geplanten Endlagers in Gorleben durchführen. Dies teilte Katja Tempel, Sprecherin der Kampagne, mit: „Wir haben zumindest für dieses Jahr unser Ziel erreicht: Es finden keine Bau- und Ausbauarbeiten im Salzstock statt. Deswegen setzen wir die Blockaden aus.“ Damit reagiert die Kampagne auf die aufschiebende Wirkung einer Klage gegen die Verlängerung des Hauptbetriebsplanes. „Leider ist Gorleben noch nicht aus dem Topf der möglichen Endlagerstandorte. Deswegen ist die Kampagne auch noch nicht beendet: Wir bleiben wachsam!“

Mehr zum Thema im Netz

Weiterführende Infos zum Thema findet Ihr auf unserer Internetseite: www.bi-luechow-dannenberg.de *

Das Gorleben-Kartell (#1)

Es ist ein dichtes Geflecht von Firmen und Behörden, das an Gorleben beteiligt ist: Das Zwischenlager, das Lager für schwachradioaktive Abfälle und die Pilot-Konditionierungsanlage werden betrieben von der *Brennelementlager Gorleben GmbH* (BLG), einer Tochter der *Gesellschaft für Nuklear-Service* (GNS). Diese ist im Besitz der Konzerne *E.ON*, *RWE*, der EnBW-Tochter *Südwestdeutsche Nuklear-Entsorgungs-Gesellschaft* und *Vattenfall Europe*. Die GNS ist auch verantwortlich für die Castor-Transporte nach Gorleben. Pikant: Auch die *Wissenschaftlich-Technische Ingenieurberatung GmbH* (WTI) ist eine Tochter der GNS.

Die GNS (und damit die vier Energieriesen) hält zudem 75 Prozent der mit der Endlagerung beauftragten *Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe* (DBE). Diese betreibt unter anderem das so genannte Erkundungsbergwerk in Gorleben. Die DBE ist im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig, vertreten durch das *Bundesamt für Strahlenschutz*. Das Amt ist dem *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit* (BMU) unterstellt. Weitere 25 % der DBE gehören der bundeseigenen *Energiewerke Nord GmbH*. *Andreas Conradt* ✨



Das Gorlebener Gebet, seit 25 Jahren aktiv

Das bedeutet langer Atem!

Einen festen Platz innerhalb der Widerstandsgruppen gegen die Atomanlagen hat die ökumenische Initiative „Gorlebener Gebet“. Seit 1989 wird an jedem Sonntag um 14 Uhr im Wald nahe dem sogenannten Erkundungsbergwerk eine Andacht gehalten. Große Holzkreuze markieren den Platz. Sie sind auf Kreuzwegen nach Gorleben getragen worden: 1985 von Krümmel, 1988 von Wackersdorf, 2001 entlang der Castortransportstrecke von Lüneburg und 2012 vom Schacht Asse. Menschen aus verschiedenen Religionen und Kulturen und mit oder ohne Kirchengliederung versammeln sich in dem gemeinsamen Eintreten für den verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung und für den Frieden. Die Andachten werden jeweils von Gruppen oder Einzelpersonen vorbereitet. In Texten, Liedern und Gebeten kommen Klagen und Ängste zum Ausdruck. In der Gemeinschaft wachsen aber auch Hoffnung und Bereitschaft zum tatkräftigen Einsatz. Gelegenheit für persönliche Begegnungen bietet das anschließende Kaffeetrinken im Gasthaus Wiese in Gedelitz. *Christa Kuhl* ✨

PROTEST-DAUERBRENNER

VOR 30 JAHREN



Marianne Fritzen schreibt regelmäßig für die neue Gorleben Rundschau

Erst 10, dann 100, dann 1000 ...

Als Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) im Mai 1979 das Aus für eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Gorleben verkündete, blieben viele Menschen im Wendland misstrauisch. Zu Recht, denn Ende 1982 wurden Pläne bekannt, die WAA solle nun nur wenige Kilometer weiter in Dragahn gebaut werden. Die Wendländer reagierten mit einer eindrucksvollen Demo: der ARCHE WENDLAND. Am 9. Januar 1983 machten sich bei Schnee und Regen zehn wendländische Pilger mit Holzkreuzen zu Fuß auf vom Zwischenlager in Gorleben nach Hannover. Zwei Wochen später folgten 100 weitere mit allerlei Wagen und Gerät: Handwerker brachten ein Fachwerkhaus - die ARCHE WENDLAND - in die Landeshauptstadt. Baurechtlich zunächst umkämpft wurde schließlich auf

dem Parkplatz am Steintor Richtfest gefeiert. Die ARCHE, von Künstlerinnen als Informationszentrum ausgestattet und umrahmt von Ständen und Buden, war Aufklärungsort über die Atomanlagen in Gorleben und den Wortbruch von Ministerpräsident Albrecht bezüglich der WAA-Pläne im Wendland. Am 29. Januar machten sich schließlich 1000 Atomkraftgegner samt Anhang und Holzkreuzen auf den Weg gen Hannover. Gelbe Ortsschilder, Schafe, Kühe, Gänse, Hühner und allerlei buntes Volk erregten großes Aufsehen. In Hannover hatten sich über 5000 Menschen versammelt. Die Kreuze wurden am Leineufer aufgestellt. Bis zum 25. Februar durfte die ARCHE als Protestsymbol am Steintor stehenbleiben. 1985 wurden die Pläne für eine WAA in Dragahn aufgegeben. *Marianne Fritzen* ✨

Fotos (3): PubliXviewing

Die Gorleben Rundschau im neuen Gewand

In der Hand haltet ihr die neu gestaltete Gorleben Rundschau. Sie erscheint seit dieser Ausgabe mit neuer Farbfrische und einer ganzen Reihe von Neuerungen, die wir Euch gerne im Detail erläutern möchten. Eine der größten Veränderungen neben dem Erscheinungsbild ist der Umstand, dass die Gorleben Rundschau künftig an einen größeren Personenkreis versandt wird, nicht mehr nur an Abonnenten. Der Grund ist unser Anliegen, Informationen einer breiten Öffentlichkeit auch über die Grenzen des Wendlands hinaus zugänglich zu machen. Denn auch abseits der medial stark wahrzunehmenden Castortransporte nach Gorleben betreibt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. (BI) einen großen Aufwand gegen die Atomlobby und nimmt dabei selbstredend auch als Teil der gesamten Anti-Atom-Bewegung wichtige Aufgaben wahr.

Die Gorleben Rundschau ist dabei ein hervorragendes Medium, politische Prozesse zu hinterfragen, über technische Prozesse aufzuklären, von Aktionen zu berichten und Menschen aus dem Widerstand zu Wort kommen zu lassen. Unser Magazin wird alle zwei Monate darüber berichten, wie vielfältig die Probleme im Umgang mit der Atomkraft sind und dabei den Fokus auf den Brennpunkt Gorleben legen. Eine weitere Neuer-

ung ist das Wegfallen des Bezugspreises. Die Gorleben Rundschau wird künftig kostenlos an alle uns bekannten Adressen versandt. Natürlich sind die Kosten für ein derartiges Informationsmagazin nicht unerheblich und gerade als Verein sind wir für solch ein ambitioniertes Projekt in besonderem Maße auf Spenden angewiesen. Weil wir schon unsere Aktionen und Kampagnen aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren, können wir diese nicht in die Gorleben Rundschau fließen lassen.

Deshalb müssen wir an dieser Stelle darum bitten, das Erscheinen der Gorleben Rundschau mit Spenden zu unterstützen. Mit 5, 10 oder gar 20 Euro als monatliche Dauerspende könnt ihr gezielt ein dauerhaftes Erscheinen dieses Heftes sichern und so zu einer Finanzierung unserer täglichen Arbeit beitragen. Gerade unsere bisherigen Abonnenten möchten wir bitten, die bisherigen Abgebühren in eine Spende umzuwandeln, die ausschließlich der Arbeit an der Gorleben Rundschau zugute kommen soll. Das ambitionierte Ziel eines breiten, dauerhaften und kostenlosen Versands kann nur durch das Zusammenwirken aller Beteiligten – Vorstand, Redaktion und LeserInnen – gelingen. Natürlich versuchen wir auch von unserer Seite, die Herstellungskosten der Gorleben Rundschau gering zu halten und

sind bestrebt keine „Papierkorbexemplare“ zu versenden. Dafür haben wir im Wendland bisher zwanzig Stellen gefunden, an denen die Gorleben Rundschau für Euch bereit liegt. So ist es möglich, bei einem Café-Besuch, beim Einkauf im Bioladen oder direkt im BI-Büro das neue Exemplar dieser Zeitschrift zu bekommen. Wir bitten Euch, uns eine kurze Mitteilung zukommen zu lassen, wenn ihr künftig keine Zusendung per Post mehr wünscht. Das Büroteam nimmt Anregungen und Kritik gerne schriftlich oder persönlich entgegen.

Wir haben unsere Büroöffnungszeiten erweitert und sind nun an den Werktagen täglich von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr für Euch erreichbar, dienstags und donnerstags sogar bis 18.00 Uhr.

Wir hoffen, dass wir mit der neu gestalteten Gorleben Rundschau Euer Interesse geweckt haben und wünschen uns, dass dies eine weitere Möglichkeit wird, mit Euch in Kontakt zu bleiben. *Torben Klages* *

WER SUCHT, SPENDET

Jeder, der im Internet etwas sucht, kann mit dieser Suche neuerdings auch gleichzeitig spenden: Benefind ist eine Suchmaschine, die ihre Einnahmen an Hilfsorganisationen spendet. So könnt ihr durch eine Internetsuche unsere Projekte unterstützen. Benefind basiert auf der Microsoft-Suchtechnologie und hat somit die gleiche Qualität wie die Suchmaschine *bing*. Einfach www.benefind.de eingeben und in der Liste der zu unterstützenden Organisationen die „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg“ anklicken. Ein Plugin für alle gängigen Browser findet sich unter „Benefind installieren“.



Bilanzen zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben werden dieser Tage zahlreich veröffentlicht. Wir verzichten an dieser Stelle darauf und wollen stattdessen den Fokus darauf legen, was aus Sicht der Bürgerinitiative (BI) von Belang ist.

Denn es waren die unermüdlichen Nachfragen und Kritiken von Seiten der BI, die die Manipulationen am Zwischenbericht 1983 anprangerten und ebenso mit Ausdauer - besonders von Seiten unserer Ur-Experten Heinrich Messerschmidt und Rudi Sprössel - auf die heimliche und ungenehmigte Verschwenkung der Erkundungsbereiche hinwiesen. Diese war immerhin der Hintergrund, der schließlich zur Einsetzung des Gorleben Untersuchungsausschusses (PUA) führte.

Für die Bürgerinitiative barg die Möglichkeit, Einsicht in tausende Akten zu nehmen, die besondere Gefahr, in der Flut von Informationen unterzugehen, da nahezu jeder Aktenordner interessant erschien. Mit dem Wissen der Gorleben-Geschichte im Hinterkopf versprach jede Randnotiz eine kleine Sensation. Wichtig bei der Sichtung war daher, all denjenigen Akten, die wir freiwillig ins Haus geliefert bekamen, kri-

tisch gegenüber zu bleiben und ständig zu fragen, welche Akten es wohl noch geben könnte, die uns möglicherweise unterschlagen wurden. Denn auch heute noch werden Unterlagen, die bereits über 30 Jahre alt sind, geheim gehalten. Das Land Niedersachsen hat sogar darauf hingewirkt, einige Akten, die nach 30 Jahren endlich aus der Geheimhaltung entlassen waren, für den Untersuchungsausschuss erneut als vertraulich einzustufen.

Auswahl aus 12 000 Akten

Insgesamt verlief die Herausgabe der Akten denn auch sehr zögerlich, und es kam vor, dass der Untersuchungsausschuss die rechtzeitig angeforderte Unterlagen erst bekam, nachdem der Zeuge, zu dessen Befragung die Akten als Vorbereitung dienen sollten, bereits vernommen worden war. Erst die Einstellung eines Ermittlungsbeauftragten samt einer Hand voll Mitarbeiter beschleunigte die Arbeit etwas: Aus über 12 000 Akten des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) wurden zunächst alle Akten herausgesucht, die Bezug zum Untersuchungsauftrag hatten. In einem zweiten Schritt wurde aus diesen Akten ein Konzentrat zu Themen, die den PUA besonders interessierten, gefertigt. Rund 1800 Akten wurden schließlich an alle Fraktionen verteilt. Vom Umweltministerium und vom Wirtschaftsministerium wurden immer wieder Vollständigkeitserklärungen vorgelegt - die jedoch häufig nach kürzester Zeit widerrufen werden mussten, weil auf gezielte Nachfrage doch noch wichtige Unterlagen gefunden wurden. Doch wie sollten die kritischen Köpfe im PUA nach Unterlagen fragen, von deren Existenz sie nichts wissen konnten?

Spionage im Archiv

Ein Beispiel für die an den Tag gelegte Akribie und Pffiffigkeit der kritischen PUA-Mitglieder waren die Unterlagen zur Gasexplosion bei Lenzen und den vielen Erdgasbohrungen in der damaligen DDR. Da diese Akten aus der Zeit von 1968 bis 1972 stammten, waren sie nicht im Untersuchungsauftrag enthalten. Wenn nicht das verstorbene BI-Mitglied Karl-Heinz Pfeiffer vom

SUCHE NACH DER NADEL IM HEUHAUFEN

Einblicke in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) Gorleben. Von Dieter Schaarschmidt

Höhbeck unweit Gorleben jahrzehntelang hartnäckig nach dieser verheimlichten Gasexplosion gefragt hätte, wäre niemand auf die Idee gekommen, nun mit den Mitteln des PUA nach ihnen zu suchen. Denn erst als diese Akten in den alten DDR-Archiven gefunden wurden, konnten die Oppositionsfraktionen den Untersuchungsausschuss zur Aktenherausgabe auffordern. In diesen über siebzig Aktenordnern, deren Überstellung ein weiteres Jahr dauerte, fehlte wiederum eine handkolorierte Landkarte über die Gashöflichkeit im Raum Lenzen. Dies konnte nur auffallen, weil ein BI-Mitglied zuvor selbst in dem Archiv war und dort illegal ein Foto dieser Karte angefertigt hatte. Niemand sonst konnte diese Karte vermissen, die nach einem Schreiben an das zuständige Wirtschaftsministerium dann erstaunlich schnell nachgeliefert wurde. Wen wundert es: Die Karte zeigt, dass ausgerechnet unter Gorleben mit deutlich größeren Gasvorkommen zu rechnen ist, als bei Lenzen.

Merkel hat „Schlimmeres“ verhütet

Vor allem auf den Tag der Befragung von Angela Merkel hatten alle Oppositionsfraktionen seit langer Zeit hingefiebert und - das muss man sagen - sich auch kollegial bestens gemeinsam vorbereitet. Wie es unsere heutige Bundeskanzlerin und damalige Umweltministerin geschafft hat, dennoch fast unbeschadet aus dieser Zeugenanhörung heraus zu kommen, ist schon erstaunlich.

Eindeutig der Lüge überführt und auch kein eigenes Wort bestreitend, hat Angela Merkel es geschafft, ihre weitreichende Lüge in eine Art Kavaliersdelikt umzumünzen. Die Salzstudie, die Merkel 1995 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, wurde von ihr in das glatte Gegenteil verkehrt. Sie stellte sich gewissermaßen als Retterin der Nation dar, die damals die Republik vor drohendem Ungemach geschützt hat: Nicht vor der nächsten Atom-Katastrophe, sondern vor einem Flächenbrand in allen Bundesländern. Denn 1995 rumorte es schon ganz bedenklich, besonders im Süden und in Baden-Württemberg, wo Landtagswahlen anstanden. Dort gibt es kristalline Gesteinsvorkommen, die damals auf ihre Eignung zur Atommülllagerung be-

trachtet wurden. Wäschekörbeweise gab es Proteste aus allen Regionen, die als Ersatzstandorte für Gorleben genannt wurden. Wenn Merkel damals mit ihrer Lüge diesen Flächenbrand nicht gelöscht hätte, tja, dann wäre womöglich schon damals eine nationale Atommülldebatte losgetreten worden. Das hätte womöglich zur Abschaltung von Atomanlagen geführt und einen echten Neubeginn in der Atommüllfrage ermöglicht. Wirklich ein Katastrophenszenario, dass es zu verhindern galt ...

Auch im Fall der Merkel-Lüge befanden sich die belastendsten Dokumente nicht in den Akten. Ein Praktikant hat sie beim gründlichen Durchsuchen der Presse-Archive aus jener Zeit gefunden.

Auch wenn bei weitem nicht alle Fragen befriedigend geklärt werden konnten, so hat der Untersuchungsausschuss doch so viele belastende Unterlagen zu Tage gefördert, dass Gorleben spätestens vor Gericht endgültig gestoppt werden wird. *

Hartnäckigkeit, Zufallsfunde und heimliche Fotos brachten Licht ins Dunkel.

Foto: PubliXviewinG



Anlagen des so genannten
Erkundungsbergwerks
im Salzstock Gorleben

Ging es bei der Entscheidung für die Erkundung des Standorts Gorleben mit rechten Dingen zu? Diese Frage zu klären ist Aufgabe des PUA Gorleben. Das Gremium wurde auf Antrag von 285 Abgeordneten der SPD, der Linken und der Grünen im März 2010 eingesetzt. Der Ausschuss soll die Umstände klären, unter denen die Regierung von Helmut Kohl (CDU) im Jahr 1983 entschied, nur den Salzstock im Wendland und nicht auch geologische Formationen wie Granit oder Ton in anderen Bundesländern auf eine Eignung für die Endlagerung von Atommüll zu prüfen.

Der PUA hat in den vergangenen zwei Jahren in mehr als 90 Sitzungen zahlreiche Verantwortliche befragt, darunter hohe Beamte aus dem Umweltministerium, sowie beteiligte Wissenschaftler. Der PUA wird seinen Abschlussbericht mit Empfehlungen für den Bundestag im späteren Verlauf dieses Jahres vorlegen.

Jetzt sind wir dran!

Die Initiativen der Endlagerstandorte bereiten zurzeit eine Atommüllkonferenz für Anfang Februar in Kassel vor; die Atommülldebatte wollen sie nicht länger den Parteien überlassen, denn diese ignorieren komplizierte Sachverhalte und suchen schnelle Lösungen auf Kosten von Sicherheit und unter Umgehung von Bürgerbeteiligung. Nun sind wir an der Reihe.

„Wir führen die Atommülldebatte“ heißt die Devise. Die Erfahrungen im Umgang mit den havarierten Atommüllendlagern Asse II und Morsleben sind für die AG Schacht Konrad und die Gorleben-Gegner von zentraler Bedeutung, denn sie sind aus Sicht der Umweltinitiativen symptomatisch für den Umgang mit dem Atommüll und die Verwobenheit staatlicher Institutionen und Einzelpersonlichkeiten

ten in alle Atommüllprojekte. „Trial and Error“ heißt das Grundprinzip. Immer neue Fragen drängen sich auf. Als Gastredner konnte die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg den Schweizer Geologen und Nuklearexperten Marcos Buser gewinnen. Er wird das Scheitern des dortigen Suchverfahrens und des Beteiligungsprozesses analysieren, das er selbst mit auf den Weg gebracht hatte und das auch in Deutschland lange Zeit als beispielhaft galt. Im Zentrum der Konferenz, die am 2. Februar in Kassel stattfindet, stehen außerdem zentrale Facetten des Atommülldilemmas:

Wo kommen die Abrissabfälle aus der Stilllegung der Reaktoren hin? Wo sollen die Abfälle aus dem havarierten Atommüllendlager Asse II gelagert werden? Welche Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung haben die Asse-Gegner sammeln können? Wichtige Parallelen sehen die Asse-

und Gorleben-Gegner zum Beispiel in den politische „korrekten“ Anforderungen, die im praktischen Handeln in ihr Gegenteil verkehrt werden: So heißt es in der Asse II unisono, der Müll müsse raus. Das Asse-Beschleunigungsgesetz lässt aber die Option zu, dass der Atommüll im havarierten Bergwerk bleibt und dass es geflutet wird. Unisono heißt es auch, Gorleben sei politisch und geologisch verbrannt, bei der Endlagersuche bleibt Gorleben allerdings im Topf. Die Veranstaltung ist öffentlich, eine Anmeldung ist erforderlich. Informationen finden Interessierte über das Büro der BI in Lüchow. *Wolfgang Ehmke* ✨

Atommüllkonferenz der Initiativen der Endlagerstandorte am 2. Februar 2013 von 11 bis 17 Uhr

Volkshochschule, Wilhelmshöher Allee 19-21, 34117 Kassel
www.bi-luechow-dannenberg.de
www.atommuellkonferenz.de

BI AKTIV

„Wir bringen Licht ins Dunkel“:

Ende September protestierten wendländische Atomkraftgegner gegen die Verlängerung des Hauptbetriebsplans für Gorleben. Auf der Straße und über die Medien durchleuchtete die BI die Atomlobby und verwies mit brisanten Informationen auf die Hintermänner des lebensfeindlichen atomaren Geschäfts.

„Fukushima – Das Leid ist nicht zu ermessen“: Durch die Vernetzung zu japanischen Anti-Atom-Aktivisten konnte die BI mehrere Informationsveranstaltungen anbieten. Neben Berichten über den Besuch in Japan war es auch möglich, einen aus Japan stammenden Autor für einen Vortrag zu gewinnen. Herr Kobayashi referierte über das Leid der Menschen in Fukushima. Zudem klärte er über die dortige Kultur auf, die einen besonderen Einfluss auf den Umgang mit dem Super-GAU hat. Desweiteren hat Lydia Will von

Ethecon von der Verleihung des „BlackPlanetAward“, einen Schmähepreis für besonders schlechten Umgang mit der Umwelt, an TEPCO, dem Betreiber der Katastrophenreaktoren Fukushima, berichtet.

„MOX Transporte“: Im September und November fanden Transporte von MOX-Brennelementen aus Sellafield (GB) über den Hafen Nordenham nach Grohnde statt. Die BI rief zum Protest auf und unterstützte in Nordenham tatkräftig beim zweiten Transport. Dabei wurde auf die Gefährlichkeit der MOX-Brennstäbe und auf die Gefahr der Etablierung einer Drehscheibe atomarer Transporte in Nordenham hingewiesen. Es wurde auch thematisiert, dass Castortransporte aus Sellafield ihren Verlauf über den Hafen von Nordenham nehmen könnten. Die BI knüpfte Kontakte zu den Initiativen „Aktion Z“ und „Arbeitskreis Wesermarsch“, um künftig noch entschlossener auftreten zu können.

Aktivitäten der letzten Monate

„Ratschlag – Standortfindungsgesetz“: Anfang Dezember lud die BI zu einem Ratschlag ein, der der Information über die aktuelle Lage rund um den Erkundungsstopp in Gorleben diene. Rebecca Harms (MdB, Grüne) stellte eine Diskussionsgrundlage zu den Kriterien eines „Standortauswahlgesetzes“ vor. Das Thema könne nur parteiunabhängig diskutiert werden. Längst überfällig sei die Beteiligung der Öffentlichkeit, die die gesellschaftlichen Anforderungen formulieren müsse. Es entstand die Idee eines „Zukunftsrates“. Der wendländische Widerstand hat viele Aktionen angekündigt, um der außerparlamentarischen Opposition Gehör zu verschaffen. Darüber wird im weiteren Verlauf des Jahres zu lesen sein. *Torben Klages* ✨

Weiterführende Infos im Internet:
www.bi-luechow-dannenberg.de



So machen wir das!

Ja, so machen wir das in Niedersachsen: Der Regierungswechsel ist da, Rot-Grün steht im Wort: beide Parteien haben erklärt, dass sie einem Endlagersuchgesetz mit Gorleben „im Topf“ nicht zustimmen können. Stephan Weil (SPD) und Stefan Wenzel (Grüne) haben begriffen, dass Gorleben nicht als Atommülldeponie taugt und dass bei dem bisher vorgelegten Endlagersuchgesetz statt der angeblichen Offenheit nur ein Standort gesetzt bleibt: Gorleben. Der designierte neue Ministerpräsident Stephan Weil sagt vorsichtshalber, dass er sich beugen müsse, wenn Berlin beschließt, Gorleben nicht aufzugeben. Der Grüne Jürgen Trittin weiß jetzt schon, dass Gorleben sich einem Vergleich stellen „muss“. Ja, so einfach ist es also nicht, wenn alle das Gleiche wollen. Aber für faule Kompromisse haben wir nicht 36 Jahre gestritten. An un-

seren Argumenten gegen die Mängel des Salzstocks kommt niemand vorbei. Sogar der Wahlverlierer David McAllister war von Gorleben abgerückt. Der CDU-Mann will, dass Atommüll rückholbar gelagert wird, in Salzgestein ist das eine schwierige Sache und so sollte sich Gorleben erledigen und Niedersachsen als einziges Bundesland, das mit der Asse II, dem Schacht Konrad und dem schwarzen Fleck Gorleben die nukleare Mülllast trägt, sollte entlastet werden.

Wir erwarten jetzt von Rot-Grün, dass sie sich stark machen und ein Vetorecht bei den Berliner Verhandlungen einfordern. Angemessen ist bei der „Lösung“ des Atommüllproblems Sorgfalt statt Eile und eine umfassende Bürgerbeteiligung: Ohne Klage- und Kontrollrechte der Öffentlichkeit geht gar nichts.

Wolfgang Ehmke



Der designierte niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne), hier mit Rebecca Harms (MdEU) während des Anti-Atom-Trecks 2009 nach Berlin



GLOSSE

Gorleben muss Endlager werden!

Haben Sie Ihr Gold auch beim Nachbarn eingelagert? Höchste Zeit, mal nachzusehen, ob es noch da ist! Sonst ist es am Ende gegen irgendeinen billigen Tand ausgetauscht. Die Bundesbank macht es uns vor: Sie wird demnächst in England, Frankreich und Amerika nachsehen, was von unseren Goldreserven noch da ist. Restmengen sollen dann nach und nach zurück nach Deutschland geholt werden.

Spätestens dann aber stellt sich die Frage, wo man den Schatz gefahrlos lagern kann.

Kein Problem! Jeder weiß, dass es im Wendland einen absolut sicheren Ort gibt. Nein, nicht das Zwischenlager. Hier würde das Edelmetall bei einem Flugzeugabsturz in einer gewaltigen Kerosin-Wolke verdampfen. Der Salzstock! Geschützt durch ein massives Deckgebirge, hält er mögliche Diebe durch mächtige Salzformationen auf Distanz und sorgt mit

einem ausgeklügelten Sicherheitssystem und perfekt ausgebildeten Wachmannschaften dafür, dass sich ungebetene Besucher allenfalls an verkatteten Neujahrstagen Zutritt verschaffen. Aber selbst dann sind binnen Stunden ausreichend Polizeikräfte vor Ort. Und bei fairer Besoldung würden sie den Dieben sicherlich nicht tragen helfen.

Gold rostet nicht, also kann auch ein bisschen Grundwasserkontakt nicht schaden. Und sollte das eingelagerte Material irgendwann trotzdem an die Oberfläche gelangen, wären die Auswirkungen viel leichter zu ertragen als im Umfeld der Asse. Kurzum: Gorleben muss der neue Standort unserer Goldreserven werden. Mit dieser genialen Lösung wäre auch die schwarz-gelb-rot-grüne Koalition aus dem Schneider:

Ohne Gesichtsverlust könnte sie Gorleben aus dem Topf möglicher Endlagerstandorte streichen. Selbst

unsere Bergleute wären fein raus: mit gesicherten Arbeitsplätzen und dem hoch angesehenen Status von Währungshütern. Vorbei die Zeit der Schmähungen durch Öko-Tussis aus der Nachbarschaft und Mobbing beim Metzger.

Man stelle sich den Jubel vor, wenn die ersten Zaster-Transporte vom Dannenberger Verladekran durch die Dörfer rollen - vorbei an Sparbüchsen schwenkenden Schulklassen, rentengesicherten Rentnern und in Zweierreihen angetretenen Sparvereinen. Der Euro, endlich sicher!

Machen wir einen Anfang: Schmücken wir unsere Häuser mit neuen leuchtend-goldenen Xen. Sonst kommen uns am Ende andere, vielleicht besser geeignete Standorte zuvor. Die Entscheidung über ein Endlager muss endlich getroffen werden.

Peter Bauhaus ✨

GORLEBEN: NORDOST ODER SÜDWEST?

Jan Becker im Gespräch mit Mathias Edler, Greenpeace



Im Salzstock Gorleben herrscht mal wieder Baustopp. Ruhe soll einkehren um das Wendland, denn parallel soll bis zur Bundestagswahl 2013 ein fraktionsübergreifender Konsens zum „Endlager-suchgesetz“ geschaffen werden. Zuletzt knickten auch die Grünen ein, und lassen den Standort im Rennen für die Suche nach künftig möglichen Endlagerstätten für hochradioaktiven Müll. Durch einem Trick soll Gorleben ihrer Ansicht nach dann im Verfahren ausscheiden: Mit Auswahlkriterien, an denen der Salzstock scheitert. Für Mathias Edler, Gorleben-Experte bei Greenpeace und langjähriges BI-Mitglied mit Wohort im Wendland, werden nun am Ende genau zwei Standorte miteinander verglichen: Gorleben Nordost und Gorleben Südwest.

GR: Bundesumweltminister Altmaier hat nun einen neuen Baustopp über Gorleben verhängt - und Schwarz/Gelb feiert das als einen wichtigen Schritt, um „Jahrzehnte bitterer Auseinandersetzungen wirklich hinter uns lassen“ (O-Ton Angela Merkel).

ME: Das scheint der einzige Zweck des vorübergehenden Baustopps, des geplanten Endlager-Eilgesetzes und auch die einzige Basis des so genannten Parteienkonsenses für einen angeblichen Neustart bei der Endlagersuche zu sein: Den gesellschaftlichen Konflikt um den verantwortungslosen Umgang mit dem Atommüll endlich zu befrie-



Jan Becker (li.) im Gespräch mit Mathias Edler

den, den ganzen Ärger mit Demonstrationen und Diskussionen endlich los zu sein. Wir dürfen nicht vergessen: Der sogenannte Erkundungsbereich 1 ist bereits komplett im industriellen Maßstab ausgebaut. Und immer öfter heißt es hinter vorgehaltener Hand, dass man gar nicht viel mehr bräuchte, der Platz für die hochradioaktiven Abfälle beim passenden Lagerkonzept doch schon heute ausreichen könnte ... Bundeskanzlerin Merkel hat im September 2012 im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Gorleben einen anderen „O-Ton“ gesprochen, der tief blicken lässt: Sie verstehe es überhaupt nicht, warum „man Gorleben nicht erst einmal zu Ende erkundet“, bevor man alternative Standorte anguckt. Die Prinzipien eines wirklich ergebnisoffenen und fairen Vergleichsverfahrens hat die Bundeskanzlerin offenbar bis heute nicht verstanden.

GR: Vor mehr als zehn Jahren wurde schon einmal ein Baustopp ausgerufen, damals von rot-grün, was ist heute der Unterschied?

ME: 2001 schloss eine rot-grüne Bundesregierung den so genannten Atomkonsensvertrag mit den Energieversorgungsunternehmen. Der erste Versuch eines Atomausstiegs im Deal mit den Atomkonzernen, sozusagen nach dem Muster: Wenn Du mir das gibst, bekommst Du das! Jürgen Trittin hat damals unterschrieben, dass der Salzstock Gorleben „eignungshöflich“ sei. Im Gegenzug haben die Energiekonzerne damals einem längstens 10-jährigen Moratorium zur Abarbeitung von so genannten Zweifelsfragen in Gorleben zugestimmt. So lange herrschte auch ein Erkundungsstopp. Bundesumweltminister Altmaier hat heute den weiteren Ausbau des Salzstocks lediglich bis zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2013 gestoppt. Einerseits ein Wahlgeschenk kurz vor der niedersächsischen Landtagswahl und im Bundestagswahljahr, um Ruhe zu erzeugen. Andererseits erzeugt Altmaier mit der Befristung politischen Druck auf SPD und Grüne für eine rasche Verabschiedung seines Endlager-Eilgesetzes nach dem Motto: Wenn ihr nicht sofort zustimmt, dann bauen wir Gorleben eben zu Ende! In beiden Fällen ist

handelt es sich nur um einen Stopp und nicht um die längst überfällige Aufgabe des ungeeigneten Standortes! Und eine weitere Parallele ist wahrscheinlich: Weil Jürgen Trittin als damaliger Umweltminister seine Unterschrift unter diesen - wie wir heute wissen - wertlosen Atomkonsensvertrag von 2001 gesetzt hat, verteidigt er diesen Vertrag bis heute verbissen gegen jede Kritik. Man gibt als Spitzenpolitiker keine Fehler zu. Wenn die Grünen in Berlin das von Altmaier geplante Endlager-Eilgesetz heute in einem großen Konsens durchwinken, wird es außer von den Linken keine kritische Begleitung der „neuen“ Endlagersuche mehr im Parlament geben und zwar auf Jahrzehnte. Dann werden Trittin und die Grünen dieses untaugliche Gesetz eben so verbissen verteidigen wie bis heute den gescheiterten Atomkonsensversuch von 2001. Fatal!

GR: Dass um Gorleben genauso weitergetrickst wird, wie seit 35 Jahren, ist offensichtlich. Doch was können wir jetzt tun?

ME: Erstens die Trickserei öffentlich machen. Wenn andere potentielle Endlagerstandorte sehen, wie hier mit Gorleben manipuliert wird, können sie sich ausmalen, wie mit ihnen selbst umgegangen wird, sollten sie doch mal in die engere Wahl kommen. Die Debatte darüber, wie wir mit der radioaktiven Hinterlassenschaft der Atomkraftwerke in Zukunft umgehen wollen, muss in der ganzen Bundesrepublik, mindestens aber in allen potentiellen Standortregionen und an allen Standorten, wo jetzt Atommüll „zwischenlagert“, geführt werden. Diese gesellschaftliche Debatte über die am wenigsten schlechte Lagermöglichkeit und das beste Suchverfahren muss VOR Verabschiedung eines Endlagersuchgesetzes stattfinden. Und es wäre die Aufgabe eines Bundesumweltministeriums genau diese Debatte zu organisieren. Initiativen an Zwischenlagerstandorten und potentiellen Endlagerstandorten dürfen sich bei dieser Debatte nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Zweitens demonstrieren! Ab 2014 sollen weitere Castorbehälter aus der Plutoniumfabrik La Hague kom-

„Merkel hat das Prinzip eines fairen Vergleichsverfahrens offenbar bis heute nicht verstanden.“

men und ab 2017 aus Sellafield nach Deutschland. Unglaublich, aber bisher heißt es trotz angeblichem „Neustart“ der Bundesregierung in der Atommüllfrage: Die Transporte sollen nach Gorleben! Wenn das dabei bleibt, zeigt das auch dem letzten in der Republik, dass auch die angeblich neue Endlagersuche wieder nur ein Ziel kennt: Gorleben. Die Bürgerinitiativen und Umweltverbände, Kirchen und Gewerkschaften, alle Gruppen, die außerhalb der Parlamente zur Abschaltung wenigstens der ältesten AKW mit ihren Demonstrationen beigetragen haben, sind aufgerufen, sich nicht von dem salbungsvollen Gequatsche von einem „Neustart bei der Endlagersuche“ der Parteipolitiker in Berlin einlullen zu lassen, sondern weiter für ihre Rechte auf der Straße einzutreten: Wenn notwendig, dann eben beim nächsten Castortransport, der durch die Republik fährt. ✳



VOM FÜR UND WIDER

Wer im Wendland hört „Wir treffen uns in Gedelitz“, der weiß, dass das Gasthaus Wiese gemeint ist. Eigentümer Horst Wiese hat die 36 Jahre Widerstand „gegen Gorleben“ buchstäblich aus nächster Nähe miterlebt. Von Andreas Conradt

Ein bisschen schuldig fühlt er sich immer noch. Auch er hat schließlich viel zu lange den Machenschaften der Energiekonzerne zugesehen, hat nicht dagegen demonstriert und auf einen verantwortungsvollen Umgang der Kraftwerksbetreiber mit der Kernenergie vertraut. Doch dann kamen die Ungereimtheiten, kam das Nachdenken. „Und dann war man gegen Atom!“

Der das sagt ist Horst Wiese, Jahrgang 1935, Urgestein des 36-jährigen Protests gegen die Endlagerpläne, Landwirt und Besitzer des Gasthauses Wiese in Gedelitz. Der Ort ist nur durch wenige Baumreihen von den Atomanlagen getrennt. Wer Horst Wiese nicht kennt, hat vom wendländischen Widerstand noch nicht viel mitbekommen. Wieses Gaststube und der große Saal sind regel-

mäßig Ort großer Versammlungen der Szene und des Kaffeetrinkens nach dem wöchentlichen Gorlebener Gebet, aber auch Trainingsraum und Herberge vor oder während Aktionen. Vor dem Gasthaus hat es schon viele Demonstrationen und Blockaden gegeben, und dann gibt's da noch Wieses Wiese: Auf einem Stück Grünland, direkt hinterm Gemüsegarten und parallel zur Straße nach Gorleben, werden zu Zeiten von Castortransporten große Camps für bis zu 1500 Atomkraftgegner aufgebaut mit allem, was das Demonstrieren in kalten Novembernächten erst möglich macht.

Ende der Siebzigerjahre, das war die Zeit, als Wiese anfang, gegen Atomkraft zu sein und es auch zu zeigen. Es hat bei ihm zwanzig Jahre gedauert. „Wer diese Technologie hat, der regiert die Welt“, sagt Wiese, „das sagte man damals.“ Und hier in der Nähe ging seinerzeit ein Bundeswehrgeneral immer zur Jagd. Den hat Wiese einmal gefragt, wie man einen Atomkrieg überleben kann. Du kannst in einen Bunker gehen, soll der General geantwortet haben, aber wenn du da wieder rausgehst, was willst du dann noch? Ist ja dann alles verstrahlt. „Und da haben wir drüber nachgedacht“, sagt Wiese.

Die Jahre vergingen, Wiese war gegen Atom, und dann wurde es irgendwann Sommer und es brannten plötzlich Wälder. Wälder bei Eschede, Gifhorn und hier, bei Gorleben. Es war das Jahr, in dem die Salzstöcke bei diesen Orten als mögliche Atommülllager auserkoren wurden. Diese Wälder hätten deren Besitzern vor den Bergbauarbeiten abgekauft werden müssen.

„Der Wald hat gebrannt, und keiner wusste warum“, sagt Wiese. Er war damals bei der Feuerwehr, er hat alles versucht. Und der jagende Bundeswehrgeneral schickte seine Truppe los. „Der ist gleich zurückgepiffen worden, eigenmächtiges Handeln. Mann, hat der auf den Deckel gekriegt.“

Die Feuer und der Anpiff für den General waren die ersten Ungereimtheiten, die Wiese auffielen. Aufgefallen sind ihm auch Sachen, die verschwiegen werden sollten. Dreißig Laugeneinschlüsse im Gorlebener Salz, Flüssigkeit also, deren Verhalten unberechenbar ist, wurden verschwiegen. Stollen wurden

zu Lagerräumen ausgebaut, obwohl angeblich nur erkundet werden sollte. Und dann hat Wiese einmal eine Besichtigung machen dürfen, er war im Gemeinderat, und ihm fiel auf, dass sich die Mineralienschichten im Bergwerk gegeneinander verschoben. Nein, nicht mehr mit mir, das habe er sich damals gedacht, „ergebnisoffene Erkundung? Die machen doch das Gegenteil, deren Ergebnis steht doch längst fest“, und fortan durften Atomkraftgegner auf seinem Grundstück zelten.

Aber nur „dagegen“ zu sein, das war Horst Wiese nicht genug. Schon 1977 begann er über Alternativen in der Stromproduktion nachzudenken, und er erinnerte sich, dass es in den Jahren nach dem Krieg schon einmal Biogasgewinnung gab. Zwei Anlagen machte er aus, die noch in Betrieb waren: eine im Kloster Benediktbeuren, die zweite in Dänemark. Beide besuchte er mit weiteren interessierten Landwirten aus Gedelitz. „Wir hatten die Vorstellung von einer kleinen Modellanlage. Dafür stellten wir einen Forschungsantrag. Der Bundesforschungsminister Hauff kam zu mir auf den Hof und machte eine Zusage.“ Alles war gut vorbereitet, gründlich recherchiert und geplant – doch zur Umsetzung kam es, zumindest in Gedelitz, dann doch nicht. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft, das Fehlen von Nachfolgern auf einigen der beteiligten sechs Höfe ließen die Ausföhrung der ersten modernen Biogasanlage schließlich scheitern. Der Keim aber war ausgebracht – aufgehen sollte er schließlich zwanzig Jahre später überall im ländlichen Raum in Deutschland. „Ich sehe den Vormarsch mit Genugtuung. Ich kann sagen, dass ich mit mehreren hundert Vorträgen auf meinem Hof dazu beigetragen habe.“

Das Experiment der Biogasanlagen war Anfang der Achtzigerjahre also zunächst gescheitert. Mittlerweile ist Horst Wiese 76 Jahre alt, und er und seine Frau Marie-Louise haben sich aus Land- und Gastwirtschaft weitgehend zurückgezogen, die betreiben jetzt Sohn und Schwiegertochter. Aber für die Gedelitzer Skatrunde steht Wiese noch selbst hinterm Tresen. Und wenn wieder was los ist, drüben in Gorleben, dann schwingt er sich manchmal auch noch auf seinen betagten Traktor. ✨



FOTOS DES MONATS

Anliegen der Schulmodellbahn Stadthagen ist es, auf einem Teil der Anlage einen möglichst realistischen Ablauf eines Castortransports ins Wendland und die Proteste dagegen zu zeigen. Die Schüler mehrerer Schulen und Jahrgänge waren bemüht, unterschiedliche Situationen eines solchen Transports darzustellen: Schienen- und Straßentransport samt Blockaden, eine Demo und weitere Protestaktionen, den Polizeieinsatz, eine Treckerdemo, das Hüttendorf 1004 und sogar den Gorleben-Treck-Stein in Hannover. Bau und Präsentation des Modells geben und geben vielfältige Möglichkeiten, mit Schülern über Atomkraft zu sprechen.

Fotos (3): PubliXviewinG



Diese wendländischen Widerstandsartikel sowie verschiedene T-Shirts und Kapuzenpullover finden Sie auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

Aufkleber
„Republik Freies Wendland“
11 x 7,7 cm und 9,4 x 6,6 cm
selbstklebend



Fahne „Republik Freies Wendland“
100 x 70 cm, 100% Polyester
farbig bedruckt



X für KFZ-Spiegel
Castor-Gelb, Höhe: 9 cm
mit Aufhängungsband



Pass der „Republik Freies Wendland“
14,5 x 10 cm, 20 Seiten, Papier/Karton



Spendenkonto
Kontonummer: 0044060721
Bankleitzahl: 25850110
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de